

PRESSEMITTEILUNG

Note to the Press

Der NATO-Überfall auf Jugoslawien von 1999 wird am 19.-23. April 2004 vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag verhandelt

Als am 24. März 1999 die NATO-Aggression mit der Bombardierung Belgrads und anderer Städte in Jugoslawien begann, war Direktor René Schneider vom privaten Institut für Hochschulrecht einer der ersten, die versuchten, mit einer Strafanzeige beim Generalbundesanwalt in Karlsruhe dem ersten deutschen Angriffskrieg seit Adolf Hitler ein Ende zu bereiten.

Kurz darauf gründete René Schneider seine „Sonderforschungsstelle Völkerrecht“ – heute: Institut für Völkerrecht – und drängte das überfallene Land zu juristischen Schritten vor dem Internationalen Gerichtshof (IGH) in Den Haag.

Nach öffentlichen Anhörungen vom 10.-12. Mai 1999 lehnte der IGH eine einstweilige Verfügung gegen die NATO-Aggressoren ab und entschied am 2. Juni 1999, daß in acht ordentlichen Verfahren über die **Klagen gegen Belgien, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Kanada, Niederlande und Portugal** verhandelt werden soll. Die Klagen gegen USA und Spanien wurden aus dem Prozeßregister gestrichen, weil diese Länder sich der Rechtsprechung des IGH nicht unterworfen haben. Am 19.-23. April 2004 ist es so weit: Nach dem Austausch der schriftlichen Argumente müssen die Anwälte der beteiligten Staaten ihre Plädoyers vortragen.

Montag, 19. April 2004	10 Uhr: Belgium, Netherlands	15 Uhr: Canada, Portugal, United Kingdom
Dienstag, 20. April 2004	10 Uhr: Germany, France, Italy	
Mittwoch, 21. April 2004	10 Uhr: Serbia and Montenegro	
Donnerstag, 22. April 2004	10 Uhr: Belgium, Netherlands, Canada, Portugal	15 Uhr: United Kingdom, Germany, France, Italy
Freitag, 23. April 2004		15 Uhr: Serbia and Montenegro

René Schneider: *„Ich hoffe, daß die Aggressor-Staaten verurteilt werden und, daß es danach zu einem deutschen Strafverfahren gegen Bundeskanzler Schröder, Joseph (alias Joschka) Fischer, Rudolf Scharping und ihre Komplizen von 1999 kommen wird. Es ist für mich nicht nachvollziehbar, daß diese Politiker sich seit 1999 an drei Angriffskriegen beteiligen konnten, ohne dafür bestraft zu werden.“*

Münster, den 14. April 2004 – No. 20355

René Schneider

Institut für Völkerrecht

Breul 16

D-48143 Münster

Telefon +49.251 (02 51) 3 99 71 61

Telefax +49.251 (02 51) 3 99 71 62

URL: <http://www.schneider-institute.de>